

Neuer Newsletter der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen



Herzlich willkommen – dies ist der neue Newsletter der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin. Pünktlich zum Internationalen Frauentag erscheint die erste Ausgabe. Ab sofort informieren wir regelmäßig über aktuelle Themen aus der Frauenpolitik – aus Berlin und dem Rest der Welt. Unser Ziel ist die Gleichstellung von Frauen in allen Teilen der Gesell-

schaft. Und wir laden ein zum Mitmachen. Der ASF-Landesvorstand Berlin trifft sich an jedem vierten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus. Gäste und Interessierte sind immer gerne gesehen und sehr willkommen. Wir freuen uns über Anregungen, Hinweise, Termine, gute Ideen und Kritik. Viel Spaß beim Lesen! Herzliche Grüße von Eva Högl, ASF-Landesvorsitzende Berlin

Kommentare bitte an:

asf.spd.berlin@googlemail.com

100 Jahre Internationaler Frauentag

von Dr. Eva Högl

Vor 100 Jahren gingen eine Million Frauen auf die Straße. Es war „die wuchtigste Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau, die die Welt bis jetzt gesehen hat,“ schrieb die Sozialdemokratin Clara Zetkin 1911 in der SPD-Frauenzeitung. Sie kämpften für das Frauenwahlrecht, das sieben Jahre später von SozialdemokratInnen eingeführt wurde.

Rechtlich sind Männer und Frauen heute gleichgestellt. Aber in der Realität sind wir immer noch weit davon entfernt. Frauen verdienen bei gleichwertiger Tätigkeit 13 Prozent weniger als Männer. Gibt es dafür einen nachvollziehbaren Grund? Warum gibt es keine Vorstandsvorsitzende bei den 100 größten Dax-Unternehmen? Warum haben es gerade einmal 2,2 Prozent Frauen in die Vorstände dieser Unternehmen geschafft? Obwohl Frauen bessere Schulabschlüsse machen und häufiger studieren als Männer.

Die Zeit ist reif!

Die jahrelangen freiwilligen Selbstverpflichtungen haben gezeigt, ohne gesetzliche Regelungen geht es nicht. Wir brauchen ein Gesetz für die Einführung einer mindestens 40prozentigen Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände. Wir brauchen Messinstrumente für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und ein Gesetz für die gleiche

Bezahlung von Männern und Frauen in Unternehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 10. Februar einen Entwurf für ein Mindestlohngesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das ist wichtig, denn ein gesetzlicher Mindestlohn hilft auch bei der Überwindung der Frauenarmut.

Der Frauenmärz

Traditionell werden die SPD-Berlin und viele ASF-Kreisverbände am 8. März 2011 rote Rosen verteilen und auf wichtige frauenpolitische Forderungen hinweisen. Am 25. März werden wir zum EQUAL-PAY-DAY eine öffentli-



che Kundgebung vor dem Brandenburger Tor veranstalten, gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat, den Frauenbeauftragten der Bezirke und vielen anderen Frauenorganisationen. Erst am 25. März werden Frauen durchschnittlich so viel verdient haben wie Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres. Das muss sich ändern.

Noch immer kaum Frauen in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen

von Julia Schimeta



Das [Managerinnenbarometer, eine jährliche Erhebung des DIW Berlin](#) stellt auch für das Jahr 2010 eine massive Unterrepräsentanz von Frauen in Spitzengremien der deutschen Privatwirtschaft fest.

Mit fast vernachlässigbaren 3,2 Prozent sind Frauen in Vorständen kaum vorhanden. In Auf-

sichtsräten erreichen Frauen ca. 10 Prozent der Mandate, allerdings wird die überwiegende Mehrheit der Frauen von Arbeitnehmerseite entsandt. Die klassische Industriekarriere und eine Berufung durch die Anteilseigner bleibt für Frauen die Ausnahme.

Besonders eklatant ist die Diskrepanz zwischen dem Frauenanteil an den Beschäftigten im Finanzsektor und ihrem Anteil an den Spitzenpositionen. Obwohl Frauen die Mehrheit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stellen sind sie in den obersten Führungsetagen mit nur 2,9 Prozent mit der Lupe zu

suchen. Ein Drittel der untersuchten größten Unternehmen leistet sich noch immer rein männlich besetzte Aufsichtsräte. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich damit kaum etwas getan.

Die freiwillige Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft aus dem Jahre 2001, die sich die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen explizit zum Ziel gesetzt hat, konnte offenbar keine Wirkung entfalten.

Die Zahlen und auch internationale Erfahrungen zeigen, dass eine höhere Verbindlichkeit mit messbaren Zielvorgaben und klaren zeitlichen Fahrplänen notwendig ist, wenn der Frauenanteil in absehbarer Zeit signifikant gesteigert werden soll. Das Bekenntnis der Regierung zu diesem Ziel findet sich im Koalitionsvertrag, die konkrete Unterfütterung im Regierungshandeln lässt bislang auf sich warten.

Julia Schimeta ist die Co-Autorin des im Januar 2011 veröffentlichten Managerinnenbarometers des DIW Berlin.

Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung vorgelegt

von Margrit Zauner



Am 25. Januar 2011 hat die Sachverständigenkommission ihr Gutachten an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den [ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung](#) übergeben. Dabei hat sich gezeigt, dass die Experten in vielen Punkten mit Forderungen der SPD übereinstimmen. So schlägt sie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns vor und flankiert damit

die Forderungen der SPD und der Gewerkschaften.

Die Kommission spricht sich weiterhin dafür aus, eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte einzuführen. Die Nichteinhaltung der Quotenregelung sollten,

nach einer hinreichenden Übergangsphase, effektiv sanktioniert werden. Zusätzlich spricht sich die Kommission für eine Mindestanteilsregelung von Frauen in Führungspositionen aus.

Die Kommission empfiehlt weiter, die Kinderbetreuungsmöglichkeiten quantitativ und qualitativ auszubauen. Die Betreuungszeiten von Kindereinrichtungen sollten vom Angebot den ganzen Tag abdecken. Außerdem sollte das Ausbautempo des Kinderbetreuungsangebots für unter Dreijährige beschleunigt werden.

Die Sachverständigenkommission hat ein gutes und fundiertes Gutachten abgeliefert. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug und sollte Vorschläge einbringen, die den Handlungsempfehlungen folgen.

Gleichstellungsbericht zur Herstellung von innerparteilicher Geschlechtergerechtigkeit in der SPD Berlin

von *Barbara Scheffer*



Am 10. Oktober 2009 verabschiedete der Landesparteitag der Berliner SPD einen Antrag zur Klärung innerparteilicher Geschlechtergerechtigkeit. Hintergrund war die Aufstellung der Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag im September 2009. Die Geschlechtergerechtigkeit im Hinblick auf die Quote war unzureichend: In 12 Wahlkreisen traten 9 Männer und 3 Frauen an. Damit kam Berlin im Bundesvergleich mit einem Frauenanteil von 25 Prozent auf den drittletzten Platz.

Die Gründe, die zu diesem unausgewogenen Ergebnis führten, sollten ermittelt werden. Zu diesem Zweck wurde am 15. Februar 2010 eine gemeinsame Arbeitsgruppe von ASF-Land und SPD-LV eingesetzt, um einen Gleichstellungsbericht zu erarbeiten. Iris Spranger und Rüdiger Scholz wurden als Vorsitzende der AG berufen. Eva Högl, Barbara Scheffer und Sybille Uken gehören für die ASF diesem Gremium an. Der SPD-Landesvorstand berief Vera Junker und Christian Gaebler.

Am 26. Juni 2010 wurde der erste Gleichstellungsbericht der SPD Berlin auf dem Landesparteitag vorgestellt. Der Bericht gab eine detaillierte Übersicht über Mitgliedschaft und Mitarbeit von Frauen und Männern in allen Gliederungen und Gremien der SPD und zeigte, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD insgesamt ernst genommen wird. Dies ist ein Erfolg.

Gleichzeitig zeigt der Bericht aber auch Schwächen auf: Nämlich, dass der Frauenanteil immer noch nicht überall 40 Prozent beträgt, wie es unser Statut erfordert. Analog zum Verfahren auf Bundesebene

ist nun vorgesehen, dem Landesparteitag alle zwei Jahre zu den LV-Neuwahlen einen aktualisierten Gleichstellungsbericht als Bestandteil des Rechenschaftsberichts vorzulegen.

Neben der Erstellung des Gleichstellungsberichtes ist es das Ziel der AG herauszuarbeiten, wie die Geschlechtergerechtigkeit künftig in der Berliner SPD auf allen politischen Ebenen statutarisch gesichert werden kann. Und – es ist es hohe Zeit, über eine Präzisierung der Quotierung im Sinne der Parität oder über Sanktionen nachzudenken.

Nach einer Aktualisierung des ersten Gleichstellungsberichts hat die AG Geschlechtergerechtigkeit im Januar 2011 beschlossen:

- Frauen sollen frühzeitig auf Führungsämter vorbereitet werden.
- Weitgehend männlich geprägte Strukturen innerhalb der Partei müssen aufgebrochen werden zu Gunsten der Förderung von Frauen.
- Flächendeckend sollen unter anderem Mentoring-Programme angeboten werden.
- Es muss eine offener Diskussionskultur in Bezug auf die Besetzung von Ämtern geschaffen werden.
- Die Vereinbarkeit von Parteilarbeit und der Balance von Beruf und Familie muss verbessert werden.
- Die Netzwerkarbeit der Frauen muss intensiviert und professionalisiert werden.

Diese Arbeit soll unter fachlicher Anleitung und in enger Kooperation mit erfahrenen Institutionen wie zum Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem August-Bebel-Institut geleistet werden.

Parteivorstand beschließt neuen Aktionsplan für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Der Parteivorstand hat am 21. Februar 2011 den Beschluss [„Für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern“](#) gefasst. Er sieht u.a. einen Frauenförderplan für die SPD vor.

Die Ehe ist geschützt, nicht das Splitting

von Anke Pörksen



Die SPD hat einen Umstieg vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Den Vorwürfen von CDU und FDP, dies könne gegen die Verfassung verstoßen, widerspricht Anke Pörksen, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) entschieden.

Die SPD hat einen Umstieg vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Den Vorwürfen von CDU und FDP, dies könne gegen die Verfassung verstoßen, widerspricht Anke Pörksen, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) entschieden.

Die SPD hat einen Umstieg vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Den Vorwürfen von CDU und FDP, dies könne gegen die Verfassung verstoßen, widerspricht Anke Pörksen, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) entschieden.

Der Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Dieser besondere Schutz bedeutet, so wiederholt das Bundesverfassungsgericht, dass der Staat Ehe und Familie vor Beeinträchtigungen durch andere Kräfte bewahren und durch geeignete Maßnahmen fördern muss, aber auch selbst die Ehe nicht schädigen oder beeinträchtigen darf.

Das Instrument des Ehegattensplittings fördert jedoch nicht die Ehe an sich, sondern nur ganz bestimmte Formen der Ehe. Einen Splittingvorteil haben nur Ehen, in denen deutliche Einkommensunter-

schiede zwischen den Ehepartnern bestehen, klassischerweise die Einverdiener Ehe, in der die Frau zu Hause bleibt. Den Splittingvorteil haben auch kinderlose Ehen. Benachteiligt werden Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind – und das trotz der mit Kindern und Berufstätigkeit verbundenen höheren Kosten. Benachteiligt werden auch Familien, in denen die Eltern ohne Trauschein zusammenleben. Insofern gibt es zu Recht immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Ehegattensplitting.

Mit der von der SPD erhobenen Forderung, vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusteigen, wird nicht eine Steuererhöhung bezweckt, sondern eine faire Lastenverteilung. Wir setzen uns ein für Steuermodelle, mit denen eine steuerliche Entlastung tatsächlich bei Familien mit Kindern spürbar wird. Dieser Weg wird kein leichter sein, aber es lohnt sich und wird den grundgesetzlichen Vorgaben deutliche stärker gerecht als das Ehegattensplitting.

Weitere Informationen: [Homepage ASJ](#)

Kulturtipp

Ausstellung „Beyond Re/Produktion: MOTHERING— Dimensionen der sozialen Reproduktion im Neoliberalismus“

Am 25. Februar 2011 ab 19.00 Uhr wird die neue [Ausstellung im Kunstraum Kreuzberg/Bethanien](#), Mariannenplatz 2, 10997 Berlin eröffnen.

Die Ausstellung Boyond Re/Production: MOTHERING reflektiert zeitgenössische künstlerische und dokumentarische Ansichten zum Thema Mutterschaft und dem damit verbundenen Bild von Fürsorglichkeit. Die Wunsch- und Angstbil-

der, die mit der sozialen Figur der Mutter im gegenwärtigen biopolitischen Umbruchprozess verknüpft sind, sollen sichtbar gemacht werden. Gemeinsam mit dem umfangreichen Begleitprogramm versteht sich die Kunstaussstellung als Bestandteil eines feministischen Diskussionsprozesses.

26. Februar bis 25. April 2011

Neue Hotline für die unabhängige Patientenberatung

Ab 15. Februar wird eine neue kostenlose zentrale Beratungshotline unter der Nummer **0800/011 77 22** freigeschaltet. Die unabhängige Patientenberatung ist ab diesem Jahr zur Regelleistung in der gesetzlichen Krankenkasse geworden.

EQUAL-PAY-DAY



Der diesjährige EQUAL-PAY-DAY steht unter dem Motto „Mannsbilder? Weibsbilder? Neue Bilder!“ Damit sollen überholte Geschlechterrollen in den Blick genommen werden. Das EQUAL-PAY-DAY Bündnis fordert eine geschlechtsrollen-sensible Erziehung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einen flächendeckenden Ausbau der Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen, den Abbau von Fehlanreizen

im Steuer- und Sozialversicherungsrecht und die Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehepartner in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Dafür sammelt das Bündnis bis zum 25. März 2011 Unterschriften.

Unterschriftenaktion des [EQUAL-PAY-DAY Bündnisses](#)



Mehrgenerationenhäuser erhalten

von *Martina Hartleib*



Das Modellvorhaben Mehrgenerationenhäuser läuft aus. 9 Mehrgenerationenhäuser gibt es inzwischen in Berlin. Sie werden vom Bund mit 40.000 Euro jährlich gefördert. Sie sind in den Bezirken Mitte (Moabit und Mitte), Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Reinickendorf, Panikow, Lichtenberg und Zehlendorf angesiedelt.

Am 31. Dezember 2011 endet für 8 Mehrgenerationenhäuser in Berlin die Förderphase. Nur in Reinickendorf endet die Förderphase am 31. Dezember 2012. Konkret heißt das, ab 31. Dezember 2011 fallen für 8 Mehrgenerationenhäuser jährlich rund 40.000 Euro Bundesmittel für jedes Haus weg. Davon betroffen sind 136 festangestellte Personen in den Häusern und 270 Ehrenamtliche.

Die Bundesregierung plant, ein Folgeprogramm für den Zeitraum 2012 – 2014 aufzulegen. Es wird allerdings zu Kürzungen kommen. Statt der bisherigen 500 Häuser, sollen nur noch 450 Häuser gefördert werden. Im Sommer 2011 wird das Aktionsprogramm öffentlich ausgeschrieben, jedes Haus muss sich neu bewerben. Hinzu kommt, dass sich die Förderschwerpunkte verlagern werden, hin zu Alter und Pflege, Integration und Bildung, haushaltsnahe

Dienstleistungen und Freiwilliges Engagement.

Wer Glück hat, und weiter gefördert wird, erhält aber nur noch 30.000 Euro jährlich. Für die restlichen 10.000 Euro müssen Land oder Kommune aufkommen. Letzteres kann auch mittels Sach- oder Personalleistungen geschehen, zum Beispiel durch kostenlose Miete. Neben der höheren finanziellen Belastung, sollen die Kommunen in Zukunft „ihr“ Mehrgenerationenhaus auch strukturell unterstützen und die Häuser bei der Vernetzung der verschiedenen Akteure im Rahmen der Daseinsvorsorge besser einbinden. Die Mehrgenerationenhäuser sollen als Angebots- und Dienstleistungsdrehscheibe die Arbeit der Kommune unterstützen.

„Man kann nur allen Bezirken raten, sich rechtzeitig vor dem Sommer 2011 mit ihrem Mehrgenerationenhaus darüber zu beraten, wie es in Zukunft weiter gehen soll und welche Förderschwerpunkte für den Bezirk wichtig sind. Auch die Vernetzungsfrage sollte geklärt werden, bevor sich die Mehrgenerationenhäuser um eine Verlängerung bewerben,“ so Martina Hartleib. „Die Mehrgenerationenhäuser haben wichtige Funktionen in unseren Kiezen und sollten erhalten bleiben.“

Weitere Informationen:

[Antwort der Bundesregierung](#)

[Antrag SPD-Bundestagsfraktion](#)

Termine

28.02.2011, 18.00 Uhr

„100 Jahre Frauentag 1911-2011—Ohne Gleichstellung kein Fortschritt“, SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, [Anmeldung](#)

02.03.2011, 19.00 Uhr

„Braune Schwestern? Frauen und Rechtsextremismus“, ASF-Reinickendorf, Rathaus Reinickendorf, Raum 230, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin

05.03.2011, 11.00 Uhr

Frauenfrühstück mit Vorstellung der Kandidatinnen, ASF-Friedrichshain-Kreuzberg, AWO-Café, Oranienstraße 69, 10969 Berlin

08.03.2011,

Rosenverteilung zum 100. Internationalen Frauentag

08.03.2011, 14.30 Uhr—16.30 Uhr

„Das ganze Leben! Empfehlungen für eine moderne Gleichstellungspolitik, Diskussionsveranstaltung zum Gutachten für den 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, [Anmeldung](#)

08.03.2011, 17.00 Uhr—17.30 Uhr

Rosenverteilung mit Klaus Wowereit, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, Wilmersdorfer Straße/Pestalozzi Straße

08.03.2011, 18.00 Uhr

SPD Treptow-Köpenick, Buchvorstellung: Spreepere—Berlin: Stadt der Frauen, mit Dr. Gabriele Kämper und Gabriele Schöttler, SPD-Kreisbüro, Gartenhaus, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

17.03.2011, 18.00 Uhr—20.00 Uhr

„Entgeltgleichheit per Gesetz?“ mit Prof. Dr. Heide Pfarr, ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10 10179 Berlin, [Weitere Veranstaltungen](#)

12.03.2011, 16.00 Uhr

„Politiktalk zum 100. Weltfrauentag“, ASF Treptow-Köpenick, Zentrum für Demokratie, Michael-Brückner-Str. 1, 12439 Berlin

24.03.2011, 19.30 Uhr

„Wie kommt Gender in den Mainstream und Gender Budget in den Bezirk?“, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

25.03.2011, 10.00 Uhr

EQUAL-PAY-DAY, Treffpunkt: vor dem Brandenburger Tor

25.03.2011, 12.00 Uhr

Frauen sehen ROT, EQUAL PAY DAY - PARTY, Treffpunkt: Alexanderplatz Berlin-Mitte



Impressum:

Herausgeber:
ASF-Berlin
Müllerstraße 163
13353 Berlin

ViSdP:
Dr. Eva Högl

Redaktion:
Anett Baron, Martina Hartleib,
Judith Huber, Daniela Schacht

Satz und Layout:
Martina Hartleib

Internet:
<http://www.spd-berlin.de/asf>